

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1945

Band 3

Kriegsende ohne Frieden

Band 3/118: 23.07.1945 – 27.07.1945

23.07.1945

SBZ: Konferenz von Potsdam: Siebente Plenarsitzung vom 23. Juli 1945 (x867/...):

>>(Truman eröffnet die Sitzung.

Die sowjetische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister und teilt mit, daß auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Minister folgende Fragen standen:

1. Reparationen aus Deutschland, Österreich und Italien.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR überreichte den Außenministern der USA und Großbritanniens einen Entwurf der sowjetischen Delegation über Reparationen aus Deutschland und über Vorauslieferungen aus Deutschland auf Reparationskonto.

Es wurde beschlossen, die Wirtschaftskommission mit der vorherigen Prüfung beider Entwürfe zu beauftragen und sie dann auf der nächsten Sitzung der drei Minister zu erörtern.

2. Wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Es wurden die Punkte 13, 18 und der von der sowjetischen Delegation vorgeschlagene Punkt 19 erörtert. Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie die von ihr zu Punkt 13 vorgeschlagene Abänderung zurückzieht und vorschlägt, den Punkt 18 zu streichen mit der Maßgabe, daß die dort aufgeworfenen Fragen von den alliierten Organen in Deutschland erörtert und danach vom Kontrollrat oder, wenn keine Vereinbarung im Kontrollrat erzielt wird, in Abstimmung zwischen den Regierungen zu entscheiden sind. Es wurde keine Übereinstimmung erzielt und beschlossen, die Frage betreffend Punkt 18 den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.

Zu dem von der sowjetischen Delegation vorgeschlagenen neuen Punkt 19 erklärte der Außenminister der USA, daß dieser Punkt für die USA unannehmbar ist. Die sowjetische Delegation schlug einen Alternativentwurf für Punkt 19 vor, demzufolge der vom Kontrollrat bestätigte Export aus Deutschland zur Deckung des Imports vor allen anderen Lieferungen Vorrang hat. In allen anderen Fällen haben die Reparationen Vorrang. Es wurde keine Einigung erzielt und beschlossen, diese Frage den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.

3. Über den Rat der Außenminister.

Der von der Redaktionskommission vorgelegte Entwurf wurde ohne Änderung bestätigt.

4. Über die Treuhandgebiete.

Es wurde der Entwurf der sowjetischen Delegation beraten. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß in erster Linie die Frage entschieden werden muß, ob die italienischen Kolonien von Italien abgetrennt werden und welche namentlich. Diese Frage muß bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien entschieden werden. Die Frage, wem die Treuhanderschaft über die gesamten ehemaligen italienischen Kolonien zu übertragen ist, die nach Beschluß von Italien abgetrennt werden, soll durch eine internationale Organisation, die Vereinten Nationen, entschieden werden.

Der USA-Außenminister schlug vor, die Entscheidung über diese Frage bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Italien zu vertagen, wenn alle Gebietsfragen, die Italien betreffen, entschieden werden. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR schlug vor, das sowjetische Memorandum der ersten Sitzung des Rates der Außenminister in London, im September dieses Jahres, zur Behandlung vorzulegen.

Der englische Minister erklärte, daß seiner Ansicht nach keine Notwendigkeit besteht, das sowjetische Memorandum dem Rat der Außenminister vorzulegen, da bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien die Frage der italienischen Kolonien automatisch stehen wird. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bat, zur Kenntnis zu nehmen, daß die im sowjetischen Memorandum angeschnittenen Fragen durch die Sowjetregierung auf der Septembersitzung des Rates der Außenminister in London gestellt werden.

5. Über Direktiven an die alliierten Oberbefehlshaber in Deutschland.

Man kam überein, allen Oberbefehlshabern der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland alle sie betreffenden Beschlüsse der Konferenz nach Abstimmung dieser Beschlüsse mit der Provisorischen Regierung der Französischen Republik zur Kenntnis zu bringen.

Es wurde beschlossen, zu diesem Zweck eine Kommission in folgender Zusammensetzung zu bilden: für die USA - Murphy und Riddleberger, für Großbritannien - Strang und Harrison, für die UdSSR - Gussew und Sobolew.

6. Über die Zusammenarbeit bei der Lösung vordringlicher europäischer Wirtschaftsprobleme. Zur Vorberatung des von der Delegation der USA vorgelegten Memorandums wurde die Bildung einer Kommission in folgender Zusammensetzung beschlossen: für die USA - Clayton und Pauley, für Großbritannien - Brand und Coulson, für die UdSSR - Arutjunjan und Gerastschenko.

7. Über Tanger.

Es wurde der sowjetische Entwurf beraten.

Beschluß: Den ersten Absatz des Entwurfs der sowjetischen Delegation anzunehmen, und zwar:

"Wir haben die Frage der Tanger-Zone behandelt und haben uns geeinigt, daß diese Zone, die die Stadt Tanger und das angrenzende Gebiet umfaßt, angesichts ihrer besonderen strategischen Bedeutung eine internationale Zone bleiben soll."

2. Die gesamte Frage über Tanger in nächster Zeit auf der Beratung der Vertreter der vier Mächte - UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich - in Paris zu erörtern.

8. Bestätigung des Wortlauts der Adresse an die Regierungen Chinas und Frankreichs.

Es wurde beschlossen, die Adresse 48 Stunden vor der Veröffentlichung der Mitteilung über die Ergebnisse der Konferenz zuzustellen.

9. Über die Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs am 23. Juli. Man kam überein, den drei Regierungschefs folgende Tagesordnung zu empfehlen:

1. Über die Schwarzmeer-Meerengen und andere internationale Binnenwasserstraßen.

2. Über das Gebiet Königsberg.

3. Über Syrien und Libanon.

4. Über Iran.)

...

Truman: Gestatten Sie mir, meine Ansichten über die Schwarzmeer-Meerengen und die internationalen Binnenwasserstraßen überhaupt darzulegen.

Wir vertreten folgende Position in dieser Frage: Wir sind der Ansicht, daß die Konvention von Montreux revidiert werden muß. Wir meinen, daß die Schwarzmeer-Meerengen zu einem freien Wasserweg werden müßten, der für alle Welt offen ist, und daß das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen für alle Schiffe von uns allen gemeinsam garantiert werden muß. Ich habe viel über diese Fragen nachgedacht.

Woraus entspringen alle diese Kriege? In den letzten zweihundert Jahren brachen sie alle in einem Raum aus, der begrenzt wird vom Mittelmeer und der Ostsee, von der Ostgrenze Frankreichs und der Westgrenze Rußlands. Und das letzte Mal wurde der Weltfrieden vor allem durch Deutschland verletzt. Ich denke, daß unsere Konferenz verpflichtet ist, ebenso wie die künftige Friedenskonferenz, eine Wiederholung ähnlicher Erscheinungen nicht zuzulassen.

Stalin: Richtig.

Truman: Ich nehme an, daß wird diesem Ziel in hohem Maße dienen, wenn wir festlegen und garantieren, daß Wasserwege für alle Nationen frei sind.

Stalin: Welche beispielsweise?

Truman: Ich habe einen Vorschlag über die Freiheit der Verkehrswege, und ich meine, daß wir uns bemühen sollten, eine solche Lage herbeizuführen, bei der Rußland, England und allen übrigen Staaten der freie Zugang zu allen Weltmeeren gewährt wird. Das ist der Vorschlag.

(Übergibt den Entwurf eines Vorschlags).

Unser Entwurf sieht die Herstellung einer freien und uneingeschränkten Schifffahrt auf allen internationalen Binnenwasserstraßen vor. Die USA-Regierung ist der Ansicht, daß eine derartige freie und uneingeschränkte Schifffahrt auf solchen Binnenwasserstraßen hergestellt werden soll, die durch das Gebiet zweier oder mehrerer Staaten verlaufen, und daß sie durch internationale Organe geregelt werden soll, in denen alle interessierten Staaten vertreten sind.

Wir meinen, daß solche Organe schnellstmöglich zu schaffen sind. In erster Linie ist es notwendig, provisorische Schifffahrtsorgane für die Donau und den Rhein zu bilden.

Diese provisorischen Organe sollen die Funktion haben, die Navigationsmittel an den genannten Flüssen wieder instand zu setzen und weiterzuentwickeln, die Fluß-Schifffahrt im Interesse einer Gewährleistung gleicher Möglichkeiten für Bürger verschiedener Nationalitäten zu beaufsichtigen und einheitliche Regeln für die Nutzung dieser Mittel sowie Navigationsregeln, Zoll- und sanitäre Formalitäten und andere ähnliche Fragen festzulegen. Mitglieder dieser Organe sollen die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, die Sowjetunion, Frankreich und die souveränen Anliegerstaaten sein, die von den Regierungen dieser Mächte anerkannt sind.

Ich meine, daß das gleiche Verfahren auch beim Kieler Kanal angewandt werden soll, und im gleichen Sinne ist die Konvention von Montreux zu revidieren. Auf diese Weise werden wir einen freien Verkehr in diesen Gebieten haben.

Ich bringe diese Vorschläge deshalb ein, weil ich nicht Lust habe, in den nächsten fünfundzwanzig Jahren an einem weiteren Krieg beteiligt zu sein, der wegen der Meerengen oder wegen der Donau ausgebrochen ist.

Es ist unser Wunsch, daß Europa frei und wirtschaftlich gesund ist, der Blüte der Sowjetunion, Englands, Frankreichs und aller übrigen Staaten dient und daß die Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils mit ihm Handel treiben können. Ich meine, daß unsere Vorschläge ein Schritt vorwärts in dieser Richtung sein können.

Churchill: Ich unterstütze entschieden den Vorschlag über die Revision der Konvention von Montreux, damit für die Handels- und Kriegsflotte Sowjetrußlands eine freie und ungehinderte Durchfahrt durch die Meerengen sowie in Friedens- als auch in Kriegszeiten gewährleistet wird. Ich bin voll und ganz einverstanden mit dem Präsidenten und seinem Vorschlag, daß die freie Passage dieser Meerengen durch uns alle gemeinsam garantiert werden soll. Die Garantie der Großmächte und interessierter Staaten wird zweifellos effektiv sein.

Was die anderen Wasserwege betrifft, die der Präsident erwähnte, so sind wir im Prinzip mit den allgemeinen Linien der Erklärung des Präsidenten einverstanden. Wir stimmen auch dem Vorschlag des Präsidenten zu, daß der Kieler Kanal frei und offen ist, garantiert durch alle

Großmächte. Wir messen auch der freien Schifffahrt auf der Donau und dem Rhein große Bedeutung bei.

Truman: Zweifellos haben wir in der Frage der Revision der Konvention von Montreux die gleiche Meinung.

Churchill: Und auch über die Ziele, um derentwillen sie revidiert werden muß.

Stalin: Man muß die Vorschläge des Präsidenten lesen. Beim Hören allein erfaßt man nicht alles. Vielleicht gehen wir indessen zu anderen Fragen über?

Truman: Die nächste Frage der Tagesordnung ist die Frage der Übergabe des Gebiets von Königsberg in Ostpreußen an die Sowjetunion. Das sowjetische Dokument zu dieser Frage wurde gestern übergeben.

Stalin: Präsident Roosevelt und Herr Churchill haben dazu bereits auf der Teheraner Konferenz ihre Zustimmung gegeben, und die Frage wurde unter uns geklärt. Wir möchten, daß diese Vereinbarung auf der jetzigen Konferenz bestätigt wird.

Truman: Ich bin im Prinzip einverstanden. Ich bitte lediglich, mir die Möglichkeit zum Studium der Bedingungen zu geben, aber ich bin überzeugt, daß es von unserer Seite keine Einwände geben wird. Ich bin damit einverstanden, daß Rußland bestimmte Gebiete in diesem Raum bekommen soll.

Stalin: Gut.

Churchill: Der Generalissimus hat völlig zu Recht festgestellt, daß die Frage bereits in Teheran gestanden hat, und dann haben wir sie erneut im Oktober 1944 erörtert.

Stalin: In Moskau.

Churchill: Ja, das war in Moskau und das war im Zusammenhang mit der Aussprache über die Curzonlinie.

Stalin: Richtig.

Churchill: Am 15. Dezember 1944 äußerte ich mich dazu im Parlament. Ich erklärte, daß die britische Regierung dem sowjetischen Standpunkt wohlwollend gegenübersteht. Die einzige Frage, die entsteht, das ist die juristische Seite der Übergabe dieses Gebietes. Der hier vorliegende sowjetische Entwurf fordert gewissermaßen anzuerkennen, daß es kein Ostpreußen mehr gibt und daß das Gebiet von Königsberg nicht unter Kontrolle des Alliierten Kontrollrates in Deutschland steht.

Was die britische Regierung betrifft, so unterstützen wir den Wunsch der sowjetischen Regierung, diese Gebiete in den Bestand der Sowjetunion einzugliedern. Diese Erklärung gilt im Prinzip. Wir haben natürlich noch nicht die genaue Linie auf der Karte geprüft. Aber ich versichere der sowjetischen Regierung, daß wir nach wie vor die russische Position in diesem Teil der Welt unterstützen.

Stalin: Mehr schlagen wir auch nicht vor. Es genügt uns, wenn die amerikanische Regierung und die Regierung von Großbritannien diesen Vorschlag billigen.

Churchill: Einverstanden.

Truman: Einverstanden.

Churchill: Es wird einer kleinen Korrektur dieses Dokuments bedürfen. Wenn dies ein Teil der Mitteilung nach Abschluß der Konferenz sein wird, schlage ich eine etwas allgemeinere Formulierung dieses Dokuments vor.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Somit erklären wir uns im Prinzip mit dem Entwurf des Vorschlags der sowjetischen Delegation einverstanden.

Die nächste Frage auf der Tagesordnung ist die Frage Syrien und Libanon.

Churchill: Gegenwärtig liegt die ganze Last der Aufrechterhaltung von Ordnung und Frieden in Syrien und Libanon völlig auf unseren Schultern. Wir haben weder die Absicht noch den Wunsch, in diesen Ländern irgendwelche Vorrechte zu bekommen, außer denen, die auch an-

dere Länder genießen. In der Zeit, als wir in Syrien und Libanon einzogen, um die Deutschen und die Vichy-Truppen von da hinauszuerwerfen, schlossen wir mit Frankreich ein Abkommen, demzufolge wir die Selbständigkeit Syriens und Libanons anerkennen sollten.

Angesichts der langjährigen historischen Bindungen zwischen Frankreich und diesen Ländern erklärten wir, wir hätten nichts dagegen, wenn Frankreich dort eine privilegierte Stellung hätte, unter der Bedingung, daß darüber ein Abkommen mit den neuen selbständigen Regierungen dieser Länder geschlossen werden würde.

Wir teilten de Gaulle mit, daß wir, sobald Frankreich einen Vertrag mit Syrien und Libanon abschließt, der für diese Länder zufriedenstellend ist, unverzüglich unsere Truppen abziehen. Würden wir jetzt unsere Truppen abziehen, so würde man die französischen Bürger und die zahlenmäßig schwachen französischen Truppen, die dort stehen, niedermetzeln. Wir möchten nicht, daß dies geschieht, da dies große Unruhen unter den Arabern auslösen würde, was den Frieden und die Ruhe in Saudi-Arabien und Irak stören könnte.

Der Ausbruch solcher Unruhen in diesem Teil der Welt würde Unruhen in Ägypten zur Folge haben. Es könnte keinen ungünstigeren Augenblick für derartige Unruhen unter den Arabern geben als jetzt, denn dadurch käme es zu einer Bedrohung der Verbindungswege zum Suezkanal, und über diese Route gehen die Waffen und der Nachschub für den Krieg im Fernen Osten. Der Nachschubweg für die Kriegführung gegen Japan ist nicht nur für England, sondern auch für die USA von großer Bedeutung.

General de Gaulle verhielt sich sehr unvernünftig in diesen Gebieten; entgegen unserem Rat und unseren Bitten schickte er 500 Mann zu Schiff dorthin, und ihr Auftauchen war der Anlaß für Unruhen, die bis heute andauern. Das war dumm, denn was konnten diese 500 Mann ausrichten. Aber ihr Auftauchen war der Funke, der die Unruhen auslöste.

Diese antifranzösischen Unruhen bewirkten sofort Unruhen im Irak, wo die Regierung und das Volk Syrien Beistand leisten wollten. Die ganze arabische Welt brachte dieses Ereignis in Bewegung. Aber jetzt hat sich General de Gaulle bereit erklärt, die sogenannten Spezialtruppen der syrischen Regierung zu unterstellen.

Ich hoffe, daß, wenn schon nicht ein Abkommen, so doch eine Regelung dieser Frage mit den Franzosen zustande kommt, wodurch die Unabhängigkeit Syriens und Libanons garantiert und Frankreich eine gewisse Anerkennung seiner kulturellen und geschäftlichen Interessen gesichert wird.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einmal zu wiederholen, daß Großbritannien nicht den Wunsch hat, dort auch nur einen Tag länger als notwendig zu bleiben. Wir werden sehr froh sein, wenn wir uns von dieser undankbaren Arbeit befreit haben, die wir im Interesse der Alliierten übernommen haben.

Angesichts dessen, daß diese Frage nur Frankreich und uns betrifft, und natürlich auch Syrien und Libanon, sind wir nicht für den Vorschlag, eine Konferenz einzuberufen, an der außer Großbritannien und Frankreich die USA und die Sowjetunion teilnehmen und gemeinsame Beschlüsse fassen würden. Die gesamte Last hatten wir zu tragen, wir handelten ohne jede Unterstützung, wenn man von einer gewissen Unterstützung durch Frankreich absieht, aber wir handelten im Interesse aller. Deshalb möchten wir nicht, daß diese Frage auf einer besonderen Konferenz behandelt wird. Sollten die USA unseren Platz einnehmen wollen, so würden wir das natürlich sehr begrüßen.

Truman: Nein, danke. (*Heiterkeit*)

Als der Streit zwischen Frankreich und Syrien sowie Libanon entstand, gab es zwischen mir und dem Premierminister einen Briefwechsel. Als der Premierminister mir mitteilte, daß Großbritannien dort über genügend Truppen verfügt, um den Frieden in diesem Raum aufrechtzuerhalten, bat ich ihn, alles zu tun, was zur Erhaltung dieses Friedens notwendig ist, da wir ebenfalls an den Nachschubwegen zum Fernen Osten durch den Suezkanal interessiert

sind. Vielleicht gibt es dabei eine geringfügige Differenz zwischen uns und dem Premierminister.

Wir meinen, daß keinem Staat Privilegien in diesen Gebieten eingeräumt werden sollten. Diese Gebiete sollen für alle Staaten gleichermaßen zugänglich sein. Wir sind auch der Meinung, daß Frankreich keinerlei Sondervorrechte gegenüber anderen Staaten haben sollte.

Stalin: Ich habe verstanden, daß die USA keinerlei Vorrechte Frankreichs in Syrien und Libanon anerkennen.

Truman: Ja.

Churchill: Unsere Haltung ist die, daß wir wünschten, Frankreich hätte dort Vorrechte, da wir es versprochen hatten, als unser Staat schwach war und wir gegen die Deutschen kämpfen mußten. Aber das betrifft nur uns, und wir haben natürlich keine Möglichkeiten und kein Recht, andere zu binden. Außerdem haben wir uns keinesfalls zu übermäßiger Aktivität verpflichtet, damit Frankreich dort seine Privilegien behalte. Wenn Frankreich solche Privilegien durchzusetzen vermag, werden wir nichts dagegen einwenden, wir werden seinen Erfolg mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen.

Stalin: Von wem können die Franzosen ihre Privilegien erhalten?

Churchill: Von den Republiken Syrien und Libanon.

Stalin: Nur von ihnen?

Churchill: Nur von ihnen. Die Franzosen besitzen dort eigene Schulen, archäologische Institute usw. Viele Franzosen leben dort schon sehr lange, und sie haben sogar ein Chanson "Wir fahren nach Syrien". Sie sagen, ihre Rechte würden bis auf die Zeit der Kreuzzüge zurückgehen. Wir haben nicht vor, uns deshalb mit den Großmächten zu entzweien.

Truman: Wir wollen, daß in diesen Gebieten alle Staaten gleiche Rechte haben.

Churchill: Sie werden es verhindern, Herr Präsident, wenn Syrien den Franzosen Sonderrechte einräumt?

Truman: Ich werde mich natürlich nicht dagegen stellen, wenn die Syrer dies zu tun wünschen. Ich zweifle aber, daß sie den Wunsch dazu hätten. (*Heiterkeit*)

Stalin: Die russische Delegation dankt Herrn Churchill für die Information und zieht ihren Vorschlag zurück.

Churchill: Ich danke dem Generalissimus.

Truman: Ich danke ebenfalls.

Gehen wir zur nächsten Frage über. Das ist die Frage Iran. Herr Churchill hat einen Vorschlag zu dieser Frage.

Churchill: Wir haben den Delegationen ein Dokument zu dieser Frage überreicht und würden gern erfahren, welche Haltung die Großmächte einnehmen.

Truman: Was uns betrifft, so waren wir schon längst bereit, unsere Truppen aus dem Iran abzuziehen, aber wir haben dort eine große Menge Material der verschiedensten Art, das wir zur Kriegführung im Pazifik verwenden wollen.

Stalin: Die russische Delegation ist der Ansicht, daß man Teheran auf alle Fälle räumen könnte.

Churchill: Ich möchte auch zu den beiden anderen Punkten übergehen, damit man die Vorlage abschließen kann. Zur Nennung einer Frist im Vertrag. Im Vertrag heißt es, daß die Truppen spätestens sechs Monate nach Beendigung der Kampfhandlungen aus Iran abgezogen sein müssen. Bis jetzt sind erst zweieinhalb Monate seit Beendigung des Krieges vergangen. Aber wir haben den Iranern versprochen, daß die Truppen abgezogen werden, sobald der Krieg mit Deutschland beendet ist.

Ich schlage vor, die Truppen unverzüglich aus Teheran abzuziehen und die Frage des weiteren Truppenabzugs im September im Rat der Außenminister zu erörtern.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Wir werden den Abzug unserer Truppen aus Iran fortsetzen, weil dort Truppen sind, die wir im Pazifik benötigen.

Stalin: Das ist selbstverständlich Ihr gutes Recht. Wir unsererseits versichern, daß seitens unserer Truppen keinerlei Handlungen gegen Iran unternommen werden.

Truman: Ich habe nichts dagegen, diese Frage dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Wir haben noch die Frage Wien betreffend. Ich möchte mich hier zu den Besatzungszonen äußern, die den britisch-amerikanischen Truppen in Wien eingeräumt wurden. Was die britische Zone betrifft, so stellt es sich heraus, daß in dieser Zone 500.000 Menschen leben, und da die Quellen der Lebensmittelversorgung Wiens östlich der Stadt liegen, sind wir nicht in der Lage, die Ernährung dieser halben Million Menschen zu übernehmen. Deshalb schlagen wir den Abschluß eines befristeten Abkommens vor, wonach die Russen diese Bevölkerung so lange mit Lebensmitteln versorgen, bis ein längerfristiges Abkommen ausgearbeitet ist. Feldmarschall Alexander wird eine Erklärung zur tatsächlichen Lage abgeben.

Alexander: Die Lage ist so, wie es der Premierminister soeben dargelegt hat. In unserer Zone gibt es eine halbe Million Einwohner. Ich habe in Italien keine Lebensmittel, die ich zur Verfügung stellen könnte. Es gibt unbedeutende Vorräte in Klagenfurt, aber diese Vorräte würden für drei Wochen oder höchstens für einen Monat reichen. Deshalb müßten wir, wenn wir uns verpflichten, die Bevölkerung zu ernähren, Lebensmittel aus den USA heranschaffen.

Truman: In unserer Zone zählt die Bevölkerung 375.000 Menschen. Unsere Schiffe sind jetzt in Anspruch genommen, Güter für die Kampfhandlungen in Japan zu befördern, Lebensmittel nach Europa und einiges Material in die UdSSR zu transportieren. Es fehlen uns Transportmittel, so daß es uns sogar schwer fallen würde, die Bevölkerung unserer Zone zu versorgen.

Stalin: Und wie steht es mit der französischen Zone?

Alexander: Das ist mir nicht bekannt.

Stalin: Gestatten Sie mir, daß ich mich mit Marschall Konew ins Benehmen setze. Ich denke, daß es möglich wäre, die Übergabe der Versorgung der Wiener Bevölkerung an unsere Alliierten um einen Monat aufzuschieben. Für welche Zeit müßte man diese Versorgung organisieren - bis zur neuen Ernte oder wie?

Churchill: Die Schwierigkeit besteht darin, daß diese 500.000 Menschen in unserer Zone und die 375.000 in der amerikanischen Zone immer Nahrungsmittel aus den östlichen Gebieten des Landes erhalten haben.

Stalin: Wir haben ein Abkommen mit der österreichischen Regierung, wonach wir bis zur Einbringung der neuen Ernte einige Lebensmittel gegen Waren abgeben. Ich denke, daß man das bis September verlängern könnte. Aber ich muß trotzdem mit Marschall Konew vorher darüber sprechen. Heute abend oder morgen früh kann ich das tun und teile ihnen dann die Antwort mit.

Churchill: Die Lage ist so, daß Feldmarschall Alexander mit seinen Truppen in der Steiermark eingezogen ist, aber es fällt ihm schwer, in Wien einzuziehen, solange die Frage der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nicht gelöst ist.

Stalin: Ist die Lebensmittelversorgung in Wien schon so schlimm?

Churchill: Wir wissen es nicht, wir waren nicht dort.

Stalin: Die Lage der Bevölkerung dort ist nicht schlecht.

Alexander: Wenn Sie uns dabei helfen könnten, sind wir natürlich bereit, weiter vorzurücken und unseren Teil der Arbeit zu übernehmen.

Stalin: Ich kann das morgen sagen.

Churchill: Wir danken Ihnen.

Stalin: Es wäre gut, wenn die englischen und amerikanischen Behörden bereit wären, das Abkommen mit der Renner-Regierung auch auf ihre Zonen auszudehnen. Das wird keine An-

erkennung der Regierung Renner oder eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bedeuten, aber es versetzt die Regierung in die gleiche Lage, in der sich die Regierung Finnlands befindet. Ihre Kompetenz würde auch auf diese Zonen ausgedehnt, und das würde die Lösung der Frage erleichtern.

Truman: Wir sind bereit, diese Frage zu erörtern, sobald unsere Truppen in Wien eingezogen sind.

Churchill: Wir sind ebenfalls einverstanden.

Ich möchte nur eine Verfahrensfrage aufwerfen. Dem Herrn Präsidenten dürfte ebenso wie dem Generalissimus bekannt sein, daß Herr Attlee und ich daran interessiert sind, London einen Besuch abzustatten (*Heiterkeit*), am Donnerstag dieser Woche. Deshalb müssen wir am 25. Juli zusammen mit dem Außenminister hier abreisen. Aber wir werden zur Abendsitzung am 27. Juli zurückkehren, beziehungsweise nur einige von uns werden zurückkehren. (*Heiterkeit*)

Könnte man deshalb die Mittwochsitzung nicht am Vormittag durchführen?

Stalin: Gut.

Truman: Gut.

Churchill: Ich schlage vor, daß die Außenminister sich wie gewohnt weiterhin treffen und lediglich Herr Eden während seiner Abwesenheit von Herrn Cadogan vertreten wird.

Stalin: Gut.

Truman: Einigen wir uns also darauf, die Sitzung am 25. Juli um 11 Uhr vormittags durchzuführen.

Die morgige Sitzung ist um 17 Uhr.<<

Die Sowjets bestätigen am 23. Juli 1945 die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Banken" in der SBZ (x009/54): >>Mit dem Einzug der Roten Armee wurden alle Geld- und Kreditinstitute in der SBZ geschlossen (SMAD-Befehl Nr. 1 vom 28.4.1945) und deren Aktiva (Bargeld, Wertpapiere und sonstige Werte) beschlagnahmt.

Mit Ausnahme der Genossenschaftsbank wurden die Banken nicht wieder eröffnet. Sie hatten Liquidationsbilanzen zu erstellen und wurden enteignet, staatliche und kommunale Institute gingen in das Eigentum der neuen Verwaltungen über. ...

Zur Bedienung eines gesetzlich festumrissenen Kundenstammes und zur Lösung spezieller Aufgaben innerhalb der Planwirtschaft bestehen heute neben der Notenbank und den Genossenschaftsbanken, Sparkassen, die Deutsche Investitionsbank und die Deutsche Bauernbank.

...

Die Banken haben neben den traditionellen Geschäften im kommunalen Wirtschaftssystem die zentrale Aufgabe, den gesamten Wirtschaftsprozeß zu überwachen ("Kontrolle durch die Mark"), Planabweichungen und ihre Ursachen sind zu registrieren und mit den Betrieben Maßnahmen zu deren Beseitigung einzuleiten.

Die Banken haben das Recht, die Konten der Betriebe, die Erfüllung der Kennziffern, die Verwendung der Kredite zu kontrollieren und unter Umständen Sanktionen zu verhängen (Strafzinsen, Kreditsperre); sie können sogar auf die Tätigkeit der Betriebsleitungen Einfluß nehmen.<<

WBZ: Mehr als 500.000 US-Soldaten führen am 23. Juli 1945 eine Waffenrazzia durch, die 48 Stunden dauert. Bei dieser Aktion werden rund 80.000 Personen verhaftet (x111/52).

Der Tübinger Historiker Johannes Haller berichtet am 23. Juli 1945 in seinem Tagebuch über einen französischen Befehl, "ungewollte Schwangerschaften durch marokkanische und algerische Soldaten" nicht abzubrechen (x111/52-53): >>... Den Ärzten ist Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung bei strenger Strafe verboten. Rassenpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen –

Entarisierung der deutschen Nation! ... Kein Zweifel, daß die Tübinger Bevölkerung u.ä. wohl überall in 20 bis 30 Jahren anders aussehen wird.

Mir ist "das Blut" nicht die Hauptsache; wie wird sich der Charakter gestalten? Das scheint mir wichtiger. Vorläufig hat er durch die 13 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft erheblich, empfindlich gelitten.<<

24.07.1945

SBZ: Konferenz von Potsdam: Achte Plenarsitzung vom 24. Juli 1945 (x867/...):

>>(Truman eröffnet die Sitzung.

Die amerikanische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister der drei Mächte und teilt folgendes mit:

Auf der Sitzung der drei Minister wurde festgestellt, daß die Kommission, die sich mit Wirtschaftsfragen und Fragen der Reparationen beschäftigt, ihren Bericht noch nicht ausgearbeitet hat. Die sowjetische Delegation hat vorgeschlagen, daß dieser Kommission auch die Frage der Reparationen aus Italien und Österreich übergeben wird. Sie hat zwei kurze Dokumente über die Reparationen aus diesen beiden Ländern übergeben.

Es wurde beschlossen, die Behandlung der wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands und die Reparationen aus Deutschland sowie die Frage der Reparationen aus Italien und Österreich zu vertagen. Den Außenministern wurde mitgeteilt, daß die Kommission für Wirtschaftsfragen heute abend zusammentritt, um ihre Arbeit abzuschließen.

Am 20. Juli übergab die Delegation der USA ein Dokument über die Erdölversorgung Europas. Es wurde beschlossen, diese Frage ebenfalls der Kommission für Wirtschaftsfragen zu übergeben. Da sich die Kommission jedoch mit dieser Frage nicht befaßt hat, erklärten sich die Minister damit einverstanden, die Erörterung dieser Frage zu vertagen.

Die nächste Frage, die von den Ministern erörtert wurde, war die Frage nach der Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa und die Vasallenstaaten. Es wurde festgestellt, daß die mit dieser Frage betraute Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, so daß auch die Erörterung dieser Frage vertagt wurde.

Ferner wurde die Frage der Zulassung Italiens und der anderen Länder zur Organisation der Vereinten Nationen beraten. Die Delegation der USA schlug vor, angesichts der Tatsache, daß die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßte, keine Einigung erzielt hat, diese Frage auf der Sitzung der Außenminister zu behandeln, und zwar auf der Grundlage des Dokuments, an dem die Kommission gearbeitet hat.

Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie an dieser Diskussion nicht teilnehmen kann, da dieses Dokument die Zulassung Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und Finnlands in die Organisation der Vereinten Nationen nicht erwähnt.

Die englische Delegation schlug vor, den letzten Satz im ersten Punkt des Dokuments zu streichen. Die USA-Delegation erklärte sich damit einverstanden. Die englische Delegation schlug eine neue Fassung von Punkt 2 dieses Dokuments vor, in der die Interessen der anderen verbündeten Länder, die eine Beziehung zum Friedensvertrag mit Deutschland haben, berücksichtigt werden. Die amerikanische Delegation erklärte sich einverstanden, den englischen Vorschlag in das korrigierte Dokument über die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen aufzunehmen.

Die Delegation der USA schlug vor, einen zusätzlichen Punkt in das Dokument aufzunehmen. Dieser Punkt lautet: "Die drei Regierungen hoffen desgleichen, daß der Rat der Außenminister ohne unnötigen Verzug mit der Vorbereitung der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland beginnt. Sie halten es desgleichen für wünschenswert, daß nach Abschluß der Friedensverträge mit den verantwortlichen demokratischen Regierungen dieser Länder, diese bei der Bitte um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützt werden."

Die sowjetische Delegation bestand darauf, daß Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland in der Frage des Eintritts in die Organisation der Vereinten Nationen keine schlechteren Bedingungen erhalten als Italien.

Die amerikanische Delegation gab der Hoffnung Ausdruck, daß der von ihr vorgeschlagene Ergänzungspunkt die sowjetische Delegation zufriedenstellt.

Da die Minister keine völlige Übereinstimmung in dieser Frage erzielten, wurde beschlossen, sie den Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben. Diese Frage wurde in die heutige Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs aufgenommen.

Man kam überein, den Regierungschefs folgende Fragen zur Erörterung auf der heutigen Sitzung zu empfehlen:

1. Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Das den Außenministern heute vormittag vorgelegte Dokument kann als Diskussionsgrundlage für die drei Regierungschefs dienen.

2. Über die Schwarzmeer-Meerengen und die freie und uneingeschränkte Schifffahrt auf den internationalen Binnenwasserstraßen. Die Diskussion wurde auf der gestrigen Sitzung der Regierungschefs vertagt, um die Möglichkeit zu geben, den Vorschlag des Präsidenten zu studieren.

Die Minister stimmten überein, den Chefs der drei Regierungen die Aufnahme folgender Fragen in die Tagesordnung ihrer morgigen Vormittagssitzung zu empfehlen:

1. Über die deutsche Seekriegs- und Handelsflotte.

2. Über die Reparationen aus Deutschland.

Ferner teilte die amerikanische Delegation mit, daß in Potsdam die Delegation der Vertreter der Provisorischen Polnischen Regierung mit dem Präsidenten Bierut an der Spitze eingetroffen ist, auf Einladung des Präsidenten der USA, die entsprechend dem Beschluß der drei Regierungschefs am 22. Juli erging. Auf der Sitzung der Außenminister legte die polnische Delegation ihre Meinung über die Westgrenze Polens dar, die kurz gesagt auf folgendes hinausläuft:

Die polnische Delegation ist der Meinung, daß die Westgrenze Polens von der Ostsee über Swinemünde verlaufen soll, wobei Stettin in den Bestand Polens eingeht, weiter entlang der Oder bis zur westlichen Neiße und entlang der westlichen Neiße bis zur Grenze der Tschechoslowakei.

Bei der neuen territorialen Gestaltung Polens brauchen polnische Bevölkerungsteile nicht mehr in andere Länder auszuwandern, und die Arbeit jener Polen, die früher gezwungen waren, in andere Länder auszuwandern, kann voll genutzt werden.

Vom Standpunkt der Sicherheit ist von großer Bedeutung, daß die von der polnischen Delegation vorgeschlagene Grenze die kürzest mögliche Grenze zwischen Polen und Deutschland ist und von ersterem leichter zu verteidigen ist.

Die Deutschen haben versucht, die polnische Bevölkerung zu vernichten und die polnische Kultur zu zerstören. Vom historischen Standpunkt aus wäre es gerecht, einen starken polnischen Staat zu schaffen, der in der Lage wäre, sich gegen jede deutsche Aggression zu verteidigen.

Diese Gebiete gehörten zu den mächtigsten Basen der deutschen Rüstungsindustrie und waren eine Basis des deutschen Imperialismus. Bei Akzeptierung der vorgeschlagenen Lösung würde Deutschland das Aufmarschgebiet im Osten und die Basis der Rüstungsproduktion entzogen.

Polen würde ein Staat ohne nationale Minderheiten werden.

Vor dem Kriege hatte Polen einen Überschuß an ländlicher Bevölkerung, die in der Industrie keine Arbeit finden konnte, da die Industrie unentwickelt war. Der Erwerb dieser Gebiete wird es Polen gestatten, die Dorfbevölkerung zur Arbeit in den Städten heranzuziehen, und

jene, die aus Polen emigriert sind, können in die Heimat zurückkehren und dort Arbeit bekommen.

Die polnischen Vertreter wiesen ferner darauf hin, daß das Oderbecken insgesamt Polen übergeben werden soll, da die Oder selbst nicht genügend Wasser führt und die Quellen ihrer Zuflüsse im Gebiet der westlichen Neiße liegen.

Die polnische Delegation erklärte abschließend, daß ihrer Ansicht nach zu dieser Frage möglichst schnell ein Beschluß gefaßt und ein Abkommen erzielt werden sollte, damit die polnische Regierung die Möglichkeit erhält, möglichst schnell die Polen aus dem Ausland zu repatriieren, damit sie am Wiederaufbau Polens teilnehmen können.)

Truman: Die erste Frage auf der Tagesordnung ist die Frage über die Zulassung Italiens und der anderen Vasallenstaaten, einschließlich Finnlands, zur Organisation der Vereinten Nationen.

Byrnes: In dieser Frage besteht zwischen der britischen und der amerikanischen Delegation Einverständnis.

Eden: Wir sind mit Ihrem ursprünglichen Dokument völlig einverstanden, was aber die zweite Fassung betrifft, so gibt es bei uns einige Bedenken. Die neue Fassung schafft den Eindruck, als würden wir fordern, daß die italienische Regierung umgebildet wird, bevor wir den Abschluß des Friedensvertrages mit Italien in Angriff nehmen.

Byrnes: In der Hoffnung, eine Kompromißlösung in dieser Frage zu finden und auch um den Wünschen der sowjetischen Delegation dahingehend entgegenzukommen, daß die anderen Vasallen in der Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen nicht schlechter gestellt werden als Italien, habe ich diese neue Fassung vorgeschlagen. Aber ich möchte die englische Delegation darauf hinweisen, daß die neue Fassung keine Bedenken im Hinblick auf die gegenwärtige italienische Regierung provoziert.

Diese Fassung sieht lediglich den Abschluß von Friedensverträgen mit den verantwortlichen demokratischen Regierungen vor. Das ist eine Sache der Zukunft. Allein die Tatsache, daß die Regierung der USA diplomatische Beziehungen mit der jetzigen italienischen Regierung hergestellt hat, zeigt doch hinreichend klar unsere Haltung zu dieser Regierung.

Eden: Wir haben das Gefühl, daß wir Ihren Standpunkt fast teilen, es handelt sich nur um die Formulierung.

Stalin: Wenn es darum geht, den Vasallenstaaten Erleichterung zu gewähren, so muß das in dem vorliegenden Beschluß gesagt werden. Die Lage Italiens wird erleichtert, wogegen schwer etwas einzuwenden ist. Aber die Erleichterung der Lage Italiens wird nicht begleitet von einer gleichzeitigen Erleichterung der Lage für die anderen Länder, die einst im Bund mit Deutschland waren.

Es entsteht der Eindruck, daß hier eine künstliche Trennung vorgenommen wird: einerseits Italien, dessen Lage man erleichtert, und andererseits Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland, deren Lage man nicht zu erleichtern beabsichtigt. Es besteht die Gefahr, daß unser Beschluß in Mißkredit gebracht wird:

Worin hat beispielsweise Italien eigentlich größere Verdienste im Vergleich zu den anderen Ländern? Sein einziges "Verdienst" besteht darin, daß Italien als erstes Land kapituliert hat. In allem übrigen hat sich Italien schlechter verhalten und größeren Schaden angerichtet als jeder andere Vasallenstaat.

Zweifellos hat jeder der vier Staaten - Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland - den Alliierten weniger Schaden zugefügt als Italien. Was die Regierung in Italien betrifft, ist sie etwa demokratischer als die Regierungen in Rumänien, Bulgarien oder Ungarn? Natürlich nicht. Ist die Regierung in Italien etwa verantwortlicher als die in Rumänien oder Bulgarien? Es gab weder in Italien noch in den anderen Staaten demokratische Wahlen. In dieser Hinsicht sind sie gleich. Deshalb begreife ich nicht dieses Wohlwollen für Italien und eine solche ablehnende

Haltung gegenüber allen übrigen Staaten, die ehemals im Bund mit Deutschland waren. Die Erleichterung begann damit, daß mit Italien die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen wurden. Jetzt wird ein zweiter Schritt vorgeschlagen, die Eingliederung Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen. Gut, laßt uns diesen zweiten Schritt gegenüber Italien tun, aber auch im Hinblick auf die anderen erwähnten Länder schlage ich in diesem Falle vor, den ersten Schritt zu tun, der gegenüber Italien vor einigen Monaten getan wurde, das heißt, die diplomatischen Beziehungen mit ihnen wiederherzustellen. Es wird gerecht sein, und eine gewisse Abstufung wird gewahrt. An erster Stelle Italien, an zweiter alle übrigen. Anderenfalls kommt es dahin, daß gegenüber Italien ein erster Schritt getan wurde und nun vorgeschlagen wird, einen zweiten Schritt zu tun, und das alles deshalb, weil die italienische Regierung als erste kapituliert hat, obwohl Italien den Alliierten weitaus mehr Schaden zugefügt hat als alle übrigen Staaten, die mit Deutschland im Bund waren. Darin besteht der Vorschlag der sowjetischen Delegation.

Churchill: Wir stimmen dem Standpunkt der USA in dieser Frage in allgemeinen Zügen zu.

Truman: Ich möchte sagen, daß unterschiedliche Meinungen über die Regierung Italiens einerseits und über die Regierungen Rumäniens, Bulgariens und Ungarns andererseits sich daraus erklären, daß unsere Vertreter nicht die Möglichkeit hatten, die erforderliche Information über die letztgenannten Länder einzuholen. In Italien gab es keine derartige Lage; hier wurde allen unseren Regierungen - der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion - die Möglichkeit gewährt, freie Informationen zu bekommen.

Das können wir im Hinblick auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn nicht sagen, wo wir nicht die Möglichkeit hatten, freie Informationen einzuholen. Außerdem gibt der Charakter der gegenwärtigen Regierungen in diesen Ländern uns nicht die Möglichkeit, unverzüglich diplomatische Beziehungen mit ihnen herzustellen. Aber in dem zur Prüfung vorgelegten Dokument versuchten wir, dem Wunsch der sowjetischen Delegation Rechnung zu tragen und keinen der anderen Vasallen schlechter zu stellen als Italien.

Stalin: Aber mit Italien unterhalten Sie diplomatische Beziehungen und mit diesen Ländern nicht.

Truman: Aber auch die anderen Vasallen können unsere Anerkennung erringen, wenn ihre Regierungen unseren Forderungen entsprechen.

Stalin: Welchen Forderungen?

Truman: Hinsichtlich der Bewegungsfreiheit und Informationsfreiheit.

Stalin: Nicht eine dieser Regierungen behindert die Vertreter der alliierten Presse in ihrer Bewegungsfreiheit und Informationsfreiheit und kann dies auch nicht. Hier gibt es ein Mißverständnis. Seit Kriegsende hat sich die Situation hier verbessert. Den sowjetischen Vertretern wurden in Italien ebenfalls Beschränkungen auferlegt.

Truman: Wir möchten, daß diese Regierungen umgebildet werden, und wenn sie verantwortlicher, demokratischer werden, werden wir sie anerkennen.

Stalin: Ich versichere Ihnen, daß die Regierung Bulgariens demokratischer ist als die Regierung Italiens.

Truman: Um den sowjetischen Wünschen entgegenzukommen, haben wir im Hinblick auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn die gleiche Formulierung vorgeschlagen wie auch im Hinblick auf Italien.

Stalin: Aber dieser Vorschlag schließt nicht die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ein.

Truman: Ich habe bereits mehrere Male gesagt, daß wir mit diesen Regierungen so lange keine diplomatischen Beziehungen wiederherstellen können, solange sie nicht so organisiert sind, wie wir es für erforderlich halten.

Byrnes: Das einzige, was wir zur Erleichterung der Lage Italiens vorgeschlagen haben, ist,

daß sein Antrag auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen unterstützt wird. Ich möchte Sie auf jenen Punkt unseres Vorschlages hinweisen, der in der gleichen Fassung von den anderen Vasallen handelt. Somit wird die Erleichterung der Lage Italiens begleitet von einer Erleichterung der Lage der anderen Vasallen. Wir waren hier bemüht, den Wünschen der sowjetischen Delegation entgegenzukommen.

Stalin: Ich schlage vor, das Wort "verantwortliche", da wo es im Hinblick auf die italienische Regierung gebraucht wird, an allen Stellen, wo es vorkommt, zu streichen. Dieses Wort setzt das Ansehen der italienischen Regierung herab.

Truman: Wir können den Antrag von Regierungen auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen nicht unterstützen, wenn sie nicht verantwortlich und demokratisch sind.

Stalin: In Argentinien ist die Regierung weniger demokratisch als in Italien, aber Argentinien ist Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen. Wenn Regierung, dann demokratische Regierung, und fügt man "verantwortliche" hinzu, so schafft es den Eindruck, als wäre das irgendeine andere Regierung. Und außerdem ist die Ergänzung hinsichtlich der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen einzufügen.

Ich schlage vor, in dem Punkt, wo die Rede von Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland ist, einen Satz hinzuzusetzen, daß jede unserer drei Regierungen in nächster Zeit die Frage der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit diesen Ländern prüfen wird.

Das heißt nicht, daß sie dies gleichzeitig tun und die diplomatischen Beziehungen zum gleichen Zeitpunkt wiederaufnehmen, das bedeutet aber, daß jede der drei Regierungen die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen prüft. Die eine früher, die andere später. Ich führe ein Beispiel an: Gegenwärtig gibt es in Italien diplomatische Vertretungen der USA und der Sowjetunion, aber weder diplomatische Vertreter Großbritanniens noch Frankreichs, es gibt dort keine Botschafter dieser Regierungen.

Churchill: Wir sind der Ansicht, daß unser Vertreter in Italien voll akkreditiert ist. Da wir uns formell immer noch im Kriegszustand mit Italien befinden, kann die Stellung dieses Vertreters nicht völlig der Stellung eines Botschafters gleichgesetzt werden, denn nach der britischen Verfassung können wir unter solchen Bedingungen keine normalen diplomatischen Beziehungen haben. Aber wir bezeichnen ihn als Botschafter.

Stalin: Aber nicht als solchen, wie ihn die Sowjetunion und die USA haben.

Churchill: Nicht ganz. Zu neunzig Prozent.

Stalin: Nicht ganz, das ist richtig.

Churchill: Aber die Ursache ist eine formale und technische.

Stalin: Und einen solchen Botschafter sollte man auch nach Rumänien schicken, so einen Nicht-Ganz-Botschafter. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Churchill: Wir haben das bisher nicht getan.

Truman: Wir wollen uns mit allem Nachdruck bemühen, eine solche Lage herbeizuführen, wo wir diplomatische Beziehungen mit diesen Regierungen wiederherstellen können. Ich habe bereits erläutert, worin die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage bestehen.

Stalin: Schwierigkeiten gab es früher, jetzt nicht mehr. Es fällt uns sehr schwer, dieser Resolution in der jetzigen Gestalt zuzustimmen. Wir möchten ihr nicht zustimmen.

Churchill: Wir wollen keine Worte gebrauchen, die irgend jemand von uns in ein schlechtes Licht stellen. Ich möchte mich nur für Italien verwenden und nicht nur deshalb, weil es das erste Land war, das aus dem Krieg ausschied. Es ist viel Zeit vergangen, seitdem es aus dem Krieg ausgeschieden ist; wenn ich nicht irre, sind bereits zwei Jahre vergangen. Es ist aber eine sehr kurze Zeit vergangen, seit die anderen Länder den Krieg eingestellt haben, vier bis fünf Monate. Etwas früher hat Rumänien den Krieg eingestellt.

Stalin: Rumänien, dann Finnland. Und mit Italien wurden die diplomatischen Beziehungen sieben bis acht Monate nach der Kapitulation wiederhergestellt.

Churchill: Die Lage Italiens ist folgende. Seit zwei Jahren ist es aus dem Krieg ausgeschieden, und seither kämpft es an unserer Seite, so gut es kann. Außerdem ist zu bedenken, daß wir in Italien standen und alles über die politischen Bedingungen dort wissen. Das kann man nicht über Bulgarien, Rumänien und die anderen Länder sagen. Außerdem war die Lage in Italien nicht überall gleich: Der nördliche Teil Italiens befand sich unter feindlichem Joch und wurde, alles in allem, erst vor zwei Monaten befreit. Wir kämpften dort gemeinsam mit Italien, das uns einen großen Beistand leistete.

Es wurde aber immer anerkannt, daß Italien keine völlig demokratische Regierung haben kann, solange der nördliche Teil nicht befreit sein wird. Doch in der Zwischenzeit haben wir die italienische Regierung anerkannt und mit ihr gearbeitet. Ich hatte eine Vereinbarung mit der Sowjetregierung über die Unterstützung der Regierung von General Badoglio. Und ich war damals mit unseren amerikanischen Freunden nicht einverstanden; ich war dafür, diese Regierung zu unterstützen, solange der Norden nicht befreit ist, damit dann eine italienische Regierung auf breiterer Grundlage gebildet werden könne. Aber der Ablauf der Ereignisse erforderte andere Schritte.

Wir haben freundschaftliche Beziehungen zu Italien hergestellt. Es gibt dort keine politische Zensur. Die italienische Presse hat mich wenige Monate nach der bedingungslosen Kapitulation Italiens angegriffen. Man kann eine beträchtliche Zunahme der Freiheit in Italien beobachten. Jetzt, wo der Norden befreit ist, schicken sich die Italiener an, demokratische Wahlen durchzuführen. Deshalb sehe ich keinen Grund, warum wir nicht schon jetzt die Frage des Friedensvertrages mit Italien erörtern können.

Ich muß sagen, daß wir über Rumänien und mehr noch über Bulgarien nichts wissen. Unsere Mission in Bukarest wurde Bedingungen einer Isolierung unterworfen, die an eine Internierung erinnern.

Stalin: Kann man solche Dinge sagen, ohne sie geprüft zu haben?

Churchill: Das wissen wir von unserem eigenen Vertreter dort. Ich bin überzeugt, daß der Generalissimus erstaunt wäre, wenn er eine Reihe Fakten erführe, die es in Verbindung mit unserer Mission in Bukarest gab.

Stalin: Märchen!

Churchill: Sie können natürlich unsere Erklärung als Märchen bezeichnen, aber ich habe volles Vertrauen zu unserem politischen Vertreter und zu dem Marschall der Luftstreitkräfte, Stevenson. Ich kenne ihn persönlich seit vielen Jahren. Die Arbeitsbedingungen unserer Mission waren schwer. Es gab große Verzögerungen mit den Flugzeugen für unsere Botschaft. Von unseren sowjetischen Freunden kamen Klagen über die zahlenmäßige Stärke unserer Mission, die gar nicht so groß war.

Die Kontrollkommission, die aus drei Mitgliedern bestehen sollte, trat fast immer nur mit zwei Mitgliedern zusammen. Der sowjetische Oberbefehlshaber und Vorsitzende der Kontrollkommission traf sich manchmal mit dem amerikanischen Vertreter, manchmal mit dem englischen, aber selten mit beiden gemeinsam. Was Italien betrifft, so ist es von sowjetischen Vertretern besucht worden.

Stalin: Nichts dergleichen, wir haben keinerlei Rechte in Italien.

Churchill: Aber jedenfalls ist die Lage dort so, daß Sie völlig frei nach Italien einreisen können. Deshalb bin ich nicht der Meinung, daß man die Lage in Italien mit der Lage in Rumänien, Bulgarien und anderen Ländern vergleichen kann.

Truman: Wir müssen sagen, daß unsere Missionen in diesen Ländern bei der Erfüllung ihrer Arbeit ebenfalls auf große Schwierigkeiten gestoßen sind. Aber wir möchten hier nicht darüber sprechen.

Byrnes: In der Hoffnung, zu einer Einigung zu kommen, schlage ich vor, die Worte "verantwortliche Regierung" zu ersetzen durch die Worte "anerkannte Regierung".

Stalin: Das ist eher annehmbar. Aber meines Erachtens sollte man auch einen Beschluß darüber fassen, daß die drei Regierungen bereit sind, die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit diesen vier Ländern zu prüfen. Ich schlage vor, am Ende des Punktes, den Herr Byrnes über die vier Länder vorgeschlagen hat, folgendes hinzuzufügen: "Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu untersuchen."

Churchill: Steht das dann nicht im Widerspruch zu dem, was wir jetzt besprochen haben?

Stalin: Das widerspricht nicht, denn wenn wir beschließen, die Frage der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien und anderen Ländern vorzubereiten, und da wir diese Länder nicht einmal anerkannt haben, so ist klar, daß die Frage der Anerkennung von jeder Regierung selbständig gestellt wird.

Truman: Ich habe keinerlei Einwände.

Stalin: Dann haben wir ebenfalls keine Einwände.

Churchill: Meines Erachtens gibt es einen Widerspruch. Ich habe den Präsidenten hier so verstanden, daß er jetzt die Regierungen Rumäniens, Bulgariens und der anderen Vasallenstaaten nicht anerkennen will.

Truman: Hier heißt es, daß wir uns lediglich verpflichten, diese Frage zu prüfen.

Churchill: Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Stalin: Warum?

Churchill: Weil aus dem Sinn der Erklärung hervorgeht, daß wir diese Regierungen bald anerkennen; indessen weiß ich, daß dies weder die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten noch die der Regierung des Vereinigten Königreichs widerspiegelt.

Stalin: Ich stimme dem Präsidenten zu und möchte Herrn Churchill widersprechen. Wir alle haben bereits akzeptiert, daß wir dem Rat der Außenminister den Auftrag erteilen, die Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland vorzubereiten. Wir alle sind der Ansicht, daß ein Friedensvertrag nur mit einer anerkannten Regierung abgeschlossen werden kann.

Folglich müssen wir irgendwie diese Anerkennung zum Ausdruck bringen, und dann wird es keinen Widerspruch geben. Wenn wir nicht sagen, daß die drei Regierungen beabsichtigen, in nächster Zukunft die Frage der Anerkennung zu stellen, so muß man auch den Punkt über die Vorbereitung der Friedensverträge mit diesen Ländern streichen.

Churchill: Ich möchte den Präsidenten fragen, ob er annimmt, daß im Herbst dieses Jahres Vertreter der Regierungen Rumäniens, Bulgariens und der anderen Länder im Rat der Außenminister erscheinen und wir dort mit ihnen die Friedensverträge erörtern werden?

Truman: Vertreter in den Rat der Außenminister kann nur eine Regierung entsenden, die von uns anerkannt sein wird.

Stalin: Richtig.

Churchill: Die jetzigen Regierungen werden nicht anerkannt, und deshalb wird man die Friedensverträge mit ihnen nicht vorbereiten können.

Stalin: Woher haben sie das?

Churchill: Das ergibt sich logisch.

Stalin: Nein, das ergibt sich nicht.

Churchill: Vielleicht denke ich nicht richtig, aber es scheint mir, daß es sich so ergibt.

Stalin: Diese Regierungen können anerkannt sein, aber sie können auch nicht anerkannt sein. Niemand weiß, ob sie anerkannt sein werden oder nicht. Und so ist auch diese Formulierung zu werten: "werden die Frage der Anerkennung prüfen". Und einen Friedensvertrag mit ihnen wird es dann geben, wenn sie anerkannt sein werden.

Churchill: Jemand, der diesen Punkt liest, wird nicht verstehen, daß die Regierung der USA die jetzigen Regierungen Rumäniens und Bulgariens nicht anerkennen will. Wenn aber andere

Regierungen gebildet sein werden, die wir anerkennen können, dann werden wir auch die Vorbereitung der Friedensverträge mit ihnen in Angriff nehmen.

Ich bitte um Verzeihung, daß ich so auf diesem Punkt beharre, aber man muß bedenken, daß dieses Dokument, wenn es veröffentlicht wird, erläutert werden muß, besonders von mir im Parlament. Wir sagen, daß wir Friedensverträge mit den Regierungen abschließen, die wir anerkennen, wir haben aber nicht die Absicht, diese Regierungen anzuerkennen. Mir scheint das fast sinnlos.

Truman: Ich schlage vor, diese Frage erneut an die Außenminister zur nochmaligen Prüfung zu überweisen.

Stalin: Herr Churchill hat nicht recht, hier ist durchaus nicht vom Abschluß der Friedensverträge die Rede, hier ist die Rede von der Vorbereitung. Warum kann man einen Vertrag nicht vorbereiten, selbst wenn die Regierung nicht anerkannt ist.

Churchill: Natürlich, wir können den Friedensvertrag selbst vorbereiten. Ich schlage vor, in diesem Falle die Präposition "mit" durch die Präposition "für" zu ersetzen, so daß es nicht heißt "Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien" usw., sondern "Friedensverträge für Rumänien, Bulgarien" usw.

Stalin: Ich habe nichts dagegen, daß es "für" heißt.

Churchill: Ich danke Ihnen.

Stalin: Keine Ursache. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Churchill: Es wäre wünschenswert, wenn die Außenminister dieses Dokument noch einmal durchsehen.

Stalin: Bitte, ich habe nichts dagegen.

Truman: Sie müssen die Erörterung, die heute stattfand, beachten.

Stalin: Gut.

Truman: Die nächste Frage, das ist die Frage der Schwarzmeer-Meerengen und der freien Schifffahrt auf den internationalen Binnenwasserstraßen. Die amerikanische Delegation hat ihre Vorschläge zu dieser Frage eingebracht.

...

Stalin: Es gibt wohl dringendere Fragen als die Frage der Meerengen, und man könnte diese Frage vertagen.

Churchill: Diese Frage wurde von Großbritannien aufgeworfen, aus dem Wunsch heraus, die Konvention von Montreux zu revidieren. Ich bin mit der Vertagung einverstanden, wenn die sowjetische Seite es wünscht.

Stalin: Es ist besser, diese Frage zu vertagen. Man muß Rücksprache mit der Türkei nehmen.

Truman: Unser Vorschlag über die internationale Kontrolle bedeutet, daß die Meerengen nicht in einer Hand sind, wer auch immer es sei. Wir werden uns bemühen, die Türken von der Richtigkeit unseres Standpunktes in dieser Frage zu überzeugen.

Stalin: Gut, laßt uns das tun.

Truman: Ich möchte der Konferenz einen Vorschlag unterbreiten. Mir scheint, daß es an der Zeit ist, sich Gedanken zur Vorbereitung einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz zu machen. Ich schlage deshalb vor, eine spezielle Kommission zu benennen, die mit der Vorbereitung einer solchen Mitteilung beauftragt wird.

Stalin: Gut.

Truman: Man muß sich über die Frage der Zusammensetzung der Kommission einigen.

Stalin: Gut.

Truman: Wir beauftragen die Außenminister, Kandidaten für diese Kommission vorzuschlagen.

Stalin: Gut. Und morgen findet unsere Sitzung um elf statt?

Truman: Ja.

Stalin: Herr Churchill hatte Zweifel in dieser Hinsicht.

Eden: Heute beim Frühstück äußerten wir die Annahme, daß vielleicht nicht genügend Fragen für die morgige Sitzung bereitstünden. Da aber die heutige Tagesordnung nicht erschöpft ist, werden die nicht behandelten Fragen auf die morgige Sitzung vertagt.

Truman: Sobald wir erkannt haben, daß für uns nichts mehr zu tun ist, fahren wir nach Hause. (*Heiterkeit*)

Aber vorläufig haben wir noch Arbeit.

Churchill: Herr Attlee und ich müssen zur Parlamentseröffnung am 8. August nach London zurückkehren. Auf jeden Fall kann ich nicht länger bleiben als bis zum 6. August.

Stalin: Die Frage der Westgrenze Polens, die letzte Frage der heutigen Sitzung, ist noch nicht erledigt.

Churchill: Und außerdem die von der sowjetischen Seite aufgeworfene Frage über das Lager in Italien. Ich möchte jetzt eine Erklärung zu dieser Frage geben.

Stalin: Haben Sie Zeit und den Wunsch, jetzt die Frage der Westgrenze mit uns zu erörtern?

Churchill: Morgen früh treffen wir uns mit den Polen und werden ein Gespräch mit Herrn Bierut haben.

Stalin: Dann wollen wir vertagen.

Churchill: Die Situation in diesem Lager ist in wenigen Worten folgende. Tatsächlich befinden sich in diesem Lager 10.000 Mann. Man muß aber bedenken, daß wir gerade erst eine Million Mann gefangengenommen haben. Mit diesen 10.000 Mann beschäftigt sich jetzt die sowjetische Mission in Rom, und diese Mission hat freien Zutritt zum Lager.

Es wurde mitgeteilt, daß die im Lager befindlichen Personen überwiegend Ukrainer, aber nicht Sowjetbürger sind. In diesem Lager gibt es auch eine gewisse Zahl von Polen, die, soweit wir feststellen konnten, in Polen, in den Grenzen von 1939, gelebt haben. 665 Mann wünschen unverzüglich in die Sowjetunion zurückzukehren, und es werden Maßnahmen zu ihrem Abtransport getroffen. Wir sind auch bereit, alle übrigen, die zurückzukehren wünschen, zu übergeben.

Diese 10.000 Mann haben sich uns fast als geschlossene militärische Einheit ergeben, und wir haben sie als solche erhalten, unter Führung ihrer eigenen Kommandeure, ausschließlich aus administrativen Erwägungen. Wir wären froh, wenn General Golikow seine Beschwerden an Feldmarschall Alexander oder an dessen Stab richten würde.

Alexander: Ich habe zu dem, was der Premierminister hier gesagt hat, nicht viel hinzuzufügen. Ich möchte, daß alle hier Anwesenden wissen, daß ich den russischen Vertretern in Italien stets volle Bewegungsfreiheit gewährt und ihnen jede Möglichkeit geboten haben zu sehen, was sie wünschen. Und ich meine, daß es zweckmäßig ist, so vorzugehen, da in den Fällen, wo sich eine große Zahl russischer Soldaten in unserer Hand befindet, der Rat kompetenter russischer Vertreter für uns sehr nützlich sein kann. Ich gedenke, wenn der Generalissimus einverstanden ist, auch in Zukunft im gleichen Sinne zu verfahren, wie dies bisher geschah.

Stalin: Wir sind in diesen Fällen vertraglich verpflichtet, einander zu unterstützen und Bürger bei der Rückkehr in die Heimat nicht zu behindern, sondern, umgekehrt, ihnen bei der Rückkehr in die Heimat behilflich zu sein.

Churchill: Wenn Ihr Vertreter einen General schickt oder selbst beim Stab in dieser Angelegenheit vorstellig wird, dann wird alles Notwendige geschehen.

Stalin: Gut. Ich halte die Frage für erledigt.

Ich habe heute mit Marschall Konew in Wien gesprochen. Er hat die Ausgabe von Lebensmittelrationen an die Bevölkerung Wiens nicht eingestellt, und wird sie so lange ausgeben, bis die Amerikaner und Engländer eine Lösungsmöglichkeit finden.

Truman und Churchill: Wir sind Ihnen sehr zu Dank verpflichtet.

Churchill: Es gab die Frage über die Ausdehnung der Renner-Administration auf die briti-

sche und amerikanische Zone.

Stalin: Es wäre gut, ihre Kompetenz auf alle Zonen auszudehnen.

Churchill: Wir meinen, daß dies eine der ersten Fragen ist, die wir prüfen müssen, sobald wir in Wien eingerückt sind. Im Prinzip sind wir einverstanden, daß es wünschenswert ist, mit einer einzigen österreichischen Verwaltung zu arbeiten.

Stalin: Es ist besser, selbstverständlich.

Churchill: Wir wollen die örtliche Verwaltung nicht behindern.

Stalin: So wird es besser sein.

Truman: Bis morgen um elf Uhr.<<

25.07.1945

SBZ: Konferenz von Potsdam: Neunte Plenarsitzung vom 25. Juli 1945 (x867/...):

>>**Truman:** Gestern wurde vorgeschlagen, heute die Diskussion über die Westgrenze Polens fortzusetzen.

Stalin: Gut.

Truman: Ich erinnere mich, daß Herr Churchill einen Ergänzungsvorschlag hatte.

Churchill: Ich habe nichts hinzuzusetzen. Ich hatte ein Gespräch mit der polnischen Delegation, und heute vormittag hatte ich das Vergnügen, mich erneut mit Herrn Bierut zu treffen. Gestern hatte Herr Eden mit der polnischen Delegation eine Aussprache. Die Polen bestätigten, daß sich in dem Gebiet, das sie im Westen besetzt haben, eineinhalb Millionen Deutsche befinden. Ich meine, daß diese Frage mit der Reparationsfrage im Zusammenhang steht sowie mit der Frage über die Besatzungszonen der vier Mächte in Deutschland.

Truman: Ich halte die Bemerkung von Herrn Churchill für richtig. Herr Byrnes hat sich ebenfalls mit der polnischen Delegation getroffen und beabsichtigt, sie noch einmal zu treffen. Gestatten Sie mir, folgenden Vorschlag zur Verfahrensweise zu machen. Da Herr Byrnes und Herr Eden die Aussprachen fortsetzen werden, meine ich, daß es nützlich wäre, unsere Diskussion zu dieser Frage bis Freitag zu vertagen.

Stalin: Gut.

Truman: Die nächste Frage unserer Tagesordnung ist die Frage über die deutsche Kriegs- und Handelsflotte. Ich denke, daß wir bereits eine Einigung über diese erzielt haben.

Churchill: Natürlich müssen die konkreten Vorschläge zu dieser Frage geprüft werden. Ich denke, daß wir uns jetzt mit diesen konkreten Vorschlägen befassen.

Truman: Minister Byrnes hat mir gesagt, daß sein Stellvertreter, Clayton, und Admiral Land sich mit dieser Frage beschäftigt und konkrete Vorschläge ausgearbeitet haben. Ich bin bereit, diese Frage zu jeder Zeit zu prüfen, würde es aber vorziehen, zunächst Herrn Byrnes zu hören und mich mit den Dokumenten zu dieser Frage, die ich eben erst erhalten habe, vertraut zu machen.

(Es wurde beschlossen, die Behandlung dieser Frage zu vertagen.)

Churchill: Es gibt noch eine Frage, die zwar nicht auf der Tagesordnung steht, die man aber erörtern sollte, und zwar die Frage der Überführung der Bevölkerung. Es gibt eine große Zahl von Deutschen, die aus der Tschechoslowakei nach Deutschland überzuführen sind.

Stalin: Die tschechoslowakischen Behörden haben diese Deutschen evakuiert, und sie befinden sich gegenwärtig in Dresden, in Leipzig und Chemnitz.

Churchill: Wir schätzen, daß es 2,5 Millionen Sudetendeutsche gibt, die überzuführen sind. Außerdem wünschen die Tschechoslowaken, daß die 150.000 deutschen Bürger schnellstens das Land verlassen, die seinerzeit aus dem Reich in die Tschechoslowakei übergeführt wurden. Nach unserer Information haben erst 2.000 von diesen 150.000 Deutschen die Tschechoslowakei verlassen. Das ist eine große Sache, 2,5 Millionen Menschen überzuführen. Aber wohin soll man sie überführen? In die russische Zone?

Stalin: Der Großteil von ihnen geht in die russische Zone.

Churchill: Wir wollen sie nicht in unserer Zone haben.

Stalin: Wir haben das auch gar nicht vorgeschlagen. (*Heiterkeit*)

Churchill: Wenn sie kommen, so wollen sie auch essen. Mir scheint, daß die Überführung noch gar nicht richtig begonnen hat.

Stalin: Aus der Tschechoslowakei?

Churchill: Ja, aus der Tschechoslowakei. Vorläufig erfolgt die Überführung nur in geringem Umfang.

Stalin: Ich verfüge über Informationen, daß die Tschechen eine Mitteilung an die Deutschen ergehen lassen und sie dann aussiedeln. Was die Polen betrifft, so haben sie eineinhalb Millionen Deutsche zurückgehalten, um sie bei der Ernteeinbringung einzusetzen. Sowie die Ernte in Polen abgeschlossen ist, werden die Polen die Deutschen aus Polen evakuieren.

Churchill: Meines Erachtens sollte man das nicht tun, wenn man die Fragen der Lebensmittelversorgung, der Reparationen usw. bedenkt, das heißt Fragen, die noch nicht gelöst sind. Wir sind jetzt in eine Lage geraten, bei der die Polen Lebensmittel und Brennstoffe haben und wir die Bevölkerung. Die Versorgung dieser Bevölkerung lastet als schwere Bürde auf uns.

Stalin: Man muß sich in die Lage der Polen versetzen. Fünfeinhalb Jahre hindurch haben ihnen die Deutschen viel Leid und Entbehrungen zugefügt.

Truman: Ich habe gestern sehr aufmerksam die Ausführungen Präsident Bieruts zu dieser Frage gehört. Ich habe Verständnis für die Polen und die Russen und verstehe die Schwierigkeiten, vor denen sie stehen. Meine Position habe ich hinreichend klar dargelegt.

Ich möchte meinen Kollegen erklären, welche Vollmachten ich in Fragen der friedlichen Regelung habe. Wenn wir hier Fragen erörtern, die in den Friedensvertrag aufgenommen werden müssen, so ist Ihnen allen sicherlich verständlich, daß dieser Vertrag entsprechend unserer Verfassung nur mit Einverständnis des USA-Senats abgeschlossen werden kann. Wenn ich hier diesen oder jenen Vorschlag, der auf der Konferenz vorgebracht wird, unterstütze, so bedeutet das unbedingt, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um auch eine Sanktionierung dieses Beschlusses durch den Senat zu sichern. Man kann natürlich nicht garantieren, daß dies auch unbedingt angenommen wird.

Ich muß Ihnen sagen, die politische Stimmung in Amerika ist derart, daß ich nicht jeden Vorschlag hier unterstützen kann, ohne der Unterstützung durch unsere öffentliche Meinung gewiß zu sein. Ich gebe diese Erklärung nicht deshalb ab, um die Grundlage zu ändern, auf der die Erörterung der Fragen mit meinen Kollegen erfolgt, sondern um klarzumachen, welche Möglichkeiten ich im Hinblick auf die verfassungsmäßige Macht habe. Ich möchte sagen, bei Abschluß der Friedensverträge muß ich die Tatsache in Rechnung stellen, daß sie der Zustimmung des USA-Senats bedürfen.

Stalin: Betrifft die Äußerung des Präsidenten nur die Friedensverträge oder alle Fragen, die hier erörtert werden?

Truman: Das bezieht sich nur auf jene Abkommen und Verträge, die gemäß der Verfassung dem USA-Senat zur Bestätigung vorzulegen sind.

Stalin: Das heißt, alle übrigen Fragen können entschieden werden.

Truman: Wir können hier jede beliebige Frage entscheiden, wenn diese Frage nicht der Vorlage im Senat zwecks Ratifizierung bedarf.

Stalin: Das heißt, nur die Frage der Friedensverträge bedarf der Ratifizierung durch den Senat?

Truman: Das ist richtig. Ich verfüge über ausgedehnte Vollmachten, aber ich will sie nicht mißbrauchen.

Churchill: Ich schlage vor, zur Frage der polnischen Ausdehnung nach dem Westen zurückzukehren.

Stalin: Wir haben uns auf diese Frage nicht vorbereitet, die Frage wurde zufällig gestellt. Mit

einem Meinungs austausch bin ich natürlich einverstanden. Aber sie jetzt zu lösen ist außerordentlich schwierig.

Churchill: Ich möchte diese Frage heute nicht erörtern. Ich möchte nur sagen, daß diese Frage eine Kernfrage des Gelingens der gesamten Konferenz ist. Wenn die Konferenz ihre Arbeit, sagen wir nach zehn Tagen, abschließt, ohne eine Entscheidung über Polen gefällt zu haben, und wenn die Frage der gleichen Verteilung von Lebensmitteln auf dem gesamten Gebiet Deutschlands nicht geregelt wird, so bedeutet das alles zweifellos einen Fehlschlag der Konferenz. Wir werden dann zum Vorschlag von Herrn Byrnes zurückkehren müssen, daß jeder mit dem auskommen muß, was er in seiner Zone hat.

Ich hoffe, daß wir ein Abkommen über diese Fragen gruppe erzielen, die zum Kern unserer gesamten Arbeit gehört. Wir müssen zugeben, daß wir bislang keinerlei Fortschritt erzielt haben.

Truman: Ich bin mit der Meinung des Premierministers einverstanden, daß wir in diesen Fragen keinerlei Fortschritt haben.

Stalin: Ich denke, daß die Frage der Versorgung ganz Deutschlands mit Kohle und Metall eine weitaus größere Bedeutung hat. Das Ruhrgebiet liefert neunzig Prozent des Metalls und achtzig Prozent der Steinkohle.

Churchill: Wenn die Kohle aus dem Ruhrgebiet in die russische Zone geliefert wird, so müssen diese Lieferungen mit Lebensmitteln aus dieser Zone bezahlt werden.

Stalin: Wenn das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt, so muß es ganz Deutschland versorgen.

Churchill: Und warum darf man dann keine Lebensmittel aus Ihrer Zone entnehmen?

Stalin: Darum, weil dieses Gebiet an Polen geht.

Churchill: Aber wie werden die Arbeiter im Ruhrgebiet diese Kohle produzieren, wenn sie nichts zu essen haben, und woher können sie die Lebensmittel nehmen?

Stalin: Es ist längst bekannt, daß Deutschland stets Lebensmittel, insbesondere Getreide, eingeführt hat. Wenn Deutschland nicht genügend Getreide und Lebensmittel hat, so wird es diese kaufen.

Churchill: Wie kann es dann die Reparationen bezahlen?

Stalin: Es kann sie bezahlen, Deutschland hat noch so allerlei behalten.

Churchill: Die Ruhrkohle liegt zwar in unserer Zone, aber ich kann nicht die Verantwortung für eine Regelung übernehmen, die dazu führt, daß in der britischen Zone diesen Winter Hunger herrschen wird, während die Polen sämtliche Lebensmittel für sich behalten.

Stalin: Das ist nicht richtig. Kürzlich baten sie, ihnen mit Getreide zu helfen; es fehlt ihnen an Getreide, sie baten um Brot bis zur neuen Ernte.

Churchill: Ich hoffe, daß der Generalissimus einige meiner Schwierigkeiten anerkennt, ebenso wie wir seine Schwierigkeiten anerkennen. Bei uns in England werden wir in diesem Winter den größten Kohlenmangel haben, da es uns an Kohle fehlt.

Stalin: Warum? England hat stets Kohle exportiert.

Churchill: Deshalb, weil die Bergleute noch nicht demobilisiert sind, weil es bei uns an Arbeitskräften in der Kohlenindustrie fehlt.

Stalin: Es gibt genügend Gefangene. Bei uns arbeiten die Gefangenen im Kohlenbergbau, ohne sie wäre es sehr schwer. Wir stellen unsere Kohlenreviere wieder her und setzen dazu die Gefangenen ein. 400.000 deutsche Soldaten sitzen bei Ihnen in Norwegen, sie sind nicht einmal entwaffnet, und man weiß nicht, worauf sie dort warten. Dort haben Sie Arbeitskräfte.

Churchill: Ich wußte nicht, daß sie nicht entwaffnet sind. In jedem Falle ist es unsere Absicht, sie zu entwaffnen. Aber ich weiß nicht genau, wie dort die Lage ist, diese Frage wurde vom Generalstab der Alliierten Expeditionsstreitkräfte geregelt. In jedem Falle werde ich Erkundigungen einziehen.

Ich möchte nochmals wiederholen und Sie darauf hinweisen, daß uns deshalb Kohle fehlt, weil wir sie nach Frankreich, Belgien und Holland exportieren. Und zu einer Zeit, wo es uns an Kohle für diesen Winter fehlt, verstehen wir nicht, warum die Polen die Möglichkeit haben, die Kohle aus einem Gebiet zu verkaufen, das ihnen noch nicht gehört.

Stalin: Sie haben Kohle aus dem Revier von Dabrowa verkauft. Das ist ihr Gebiet.

Ich bin nicht gewohnt zu klagen, aber ich muß sagen, daß unsere Lage noch schlechter ist. Wir haben mehrere Millionen Tote, es fehlt bei uns an Menschen. Wollte ich anfangen zu klagen, fürchte ich, Sie hier zu Tränen zu rühren, so schwer ist die Lage in Rußland. Aber ich möchte Ihnen keine Unannehmlichkeiten bereiten.

Churchill: Wir kontrollieren das Ruhrgebiet und wären bereit, Ruhrkohle gegen Lebensmittel zu tauschen.

Stalin: Diese Frage ist zu überlegen.

Churchill: Ich erwarte nicht, daß wir heute zu irgendeiner Entscheidung kommen, aber ich möchte, daß die Teilnehmer der Konferenz während der kurzen Unterbrechung darüber nachdenken, daß ihnen die Entscheidung einer großen Frage bevorsteht.

Truman: Wenn wir heute nichts mehr zu erörtern haben, schlage ich vor, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Am Freitag, um fünf Uhr, treffen wir uns erneut.

Eden: Wir haben eine Benachrichtigung von Dr. Benes erhalten, in der der Wunsch ausgedrückt wird, daß wir hier die Frage der Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei erörtern. Können die Außenminister sich mit dieser Frage befassen?

Stalin: Mir scheint, daß die Überführung bereits durchgeführt ist.

Churchill: Wir meinen nicht, daß eine große Zahl von Deutschen bereits von da weg ist, und vor uns steht nach wie vor das Problem, wie diese Frage zu lösen ist.

Stalin: Bitte schön.

Churchill: Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage befassen und die Tatsachen feststellen.

Stalin: Gut.

Truman: Ich bin einverstanden.

Bis zur Unterbrechung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Vorschlag lenken, den ich über die internationalen Binnenwasserstraßen unterbreitet habe. Ich denke, daß die Außenminister auch diesen Vorschlag von mir beraten können.

(Stalin und Churchill äußern ihre Zustimmung.)

Daraufhin übergibt die sowjetische Delegation dem Präsidenten der USA und dem Premierminister ein Memorandum über Behinderungen, denen sowjetische Bürger in Österreich und in Deutschland bei der Repatriierung ausgesetzt sind, sowie ein Memorandum über die in Norwegen stehenden, nicht entwaffneten deutschen Truppen, wovon in der Sitzung der Regierungschefs die Rede war.)

Churchill: Ich kann aber versichern, daß wir beabsichtigen, diese Truppen zu entwaffnen.

Stalin: Ich zweifle nicht daran. *(Heiterkeit)*

Churchill: Wir halten sie nicht in Reserve, um sie plötzlich aus dem Ärmel zu schütteln. Ich werde sofort einen Bericht darüber anfordern. ...<<

Die SMAD ordnet am 25. Juli 1945 in Mitteldeutschland die Einrichtung von 11 Zentralverwaltungen an, die von Anfang an Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen besitzen und sich bald zu zentralen Regierungsstellen in der SBZ entwickeln (x009/506).

Die SMAD befiehlt am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.

2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.

3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher

ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.

4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<

27.07.1945

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 27. Juli 1945 über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremke, Kreis Göttingen (x123/14-15): >>27. Juli 1945. ... Da sitzen sie in abgerissener, schmutziger Kleidung, seit Tagen unterwegs, ohne warmes Essen, ohne ein Bett gesehen zu haben, ohne zu wissen, wie es weiter gehen soll.

Eine alte Dame ist dabei, die vor Erschöpfung in einer Sofaecke eingeschlafen ist, das kleine Bündel letzter Habseligkeiten krampfhaft in beiden Händen auf dem Schoß haltend. Daneben schläft ein 5jähriger Junge, mit verschmiertem Gesicht, dreckigen Händen. ... Die Haare hängen ihm verschwitzt im Gesicht. Immer noch hat er den kleinen, von der Mutter selbstgefertigten Rucksack auf dem Rücken.

Links davon sitzt ein grauhaariger Mann, weit über die Sechzig, in guten, jetzt völlig verstaubten und am rechten Ärmel eingerissenen Kleidern ... Auf den Stühlen hängen ermattet, erschöpft, niedergeschlagen und mutlos Frauen, fast alle in Männerhosen, mit schweren Schuhen an den Füßen. Die Kleider sind derb, manche haben ein Kopftuch auf oder die ungekämmten Haare mit einem Schal zusammengebunden.

Bei keiner Frau ist Schmuck zu sehen. Auch die Eheringe fehlen. Jede hat ein Bündel neben sich stehen, eine jüngere besitzt einen Koffer, auf dem sie mangels einer anderen Sitzgelegenheit Platz genommen hat.

Auf dem Fußboden hinten in der Ecke liegen 5 Kinder, 3 Mädchen und 2 Jungen. Sie haben nicht lange nach einer Ruhestatt suchen können. Die Müdigkeit hat sie einfach übermannt.

Daneben hockt, mit dem Rücken zur Wand, ein Beinamputierter. Er hat die Prothese abge schnallt und neben sich gelegt. ...<<